



Flagge zeigen: Landesvertretungen in Brüssel

Europa der Regionen: Die einst staatsmännische Floskel ist längst mit Leben gefüllt. Die Bundesländer sind anerkannte Partner im täglichen Geschäft der EU – und sie machen harte Interessenvertretung.

■ Während außen lediglich eine schwarz-gelbe Flagge auf die Hausherren hinweist, entfaltet der sechsstöckige Betonklotz mitten im Brüsseler Europa-Viertel seinen überwältigenden Charme erst im Inneren. Die Gastgeber zeigen sich bei der Einrichtung ihres Hauses ganz entgegen des Klischees wenig geizig. Schon in der modernen Eingangshalle befinden sich Stuttgarter Interieur und Kunstgegenstände aus dem Taubertal und der Schwäbischen Alb. Die Konferenzzimmer heißen „Bodenseeraum“ und „Schwarzwaldstube“. Natürlich ranken sich nur heimatische Reben im Garten des Innenhofs, und selbst der Kaffeeautomat und der hauseigene Flügel wurden nach einer Ausschreibung aus der Heimat besorgt. Die Landesvertretung Baden-Württemberg, im Februar 2004 mit viel medialer Aufmerksamkeit und EU-Prominenz eröffnet, will mit Liebe zum Detail Schaufenster des Landes sein. Das Gebäude in der Rue Belliard haben sich die Hausherren stattliche 20 Millionen Euro kosten lassen. Ob es am Kaufpreis liegt oder an schwäbischer Mentalität, dass fortan jeder Übernachtungsgast, auch der Ministerpräsident, sein Bett selbst machen muss, wird wohl Geheimnis bleiben.

Für ein noch größeres Aufsehen hatte zuletzt nur der Umzug der Bayern in Brüssel gesorgt. Die Freistaatler residieren seit der feierlichen Einweihung ihrer neuen Vertretung Ende September 2004 in einem schmucken Sandstein-Schlösschen. Das von Spöttern als „Schloss Neuwahnstein“ bezeichnete ehemalige „Institut Pasteur“ kostete rund 30 Millionen Euro – ein Schnäppchen bei der Lage.

Als direkter Nachbar des Europäischen Parlamentes kann man nun mit kurzen Wegen Interessenpolitik betreiben und Präsenz zeigen. Schließlich ist das einer der Gründe, warum die Länder in Brüssel sind. Es ist Teil ihres Geschäfts, vor Ort zu sein.

Gewachsenes Selbstbewusstsein

Der neue Geltungsdrang der Länder zeugt von einem gewachsenen Selbstbewusstsein, was sich auch in gesteigertem Medieninteresse niederschlägt. In letzter Zeit berichteten selbst auflagenstarke Medien über den steigenden Einfluss der Repräsentanzen in Brüssel. Diesen Platz haben sich die Landesvertretungen über Jahrzehnte erkämpft. Denn offiziell formuliert allein die Ständige Vertretung der Bundesrepublik die deutsche Position in Brüssel. Die Länder haben, anders als im Bund, keinen unmittelbaren Einfluss auf die Gesetzgebung. „Formal gesehen sind wir hier niemand“, sagt einer der Vertreter überspitzt. Aber es gibt Achtungserfolge: Für die Zustimmung zum Maastrichter Vertrag erkaufte sich die Bundesländer im Grundgesetz Kompetenzen für Brüssel. Auch die EU achtet



Das Ländle trumpft mit Schanklizenz: Politik geht auch durch die Kehle

Die Rolle der Repräsentanzen

Landesvertretungen in Brüssel sind eine Erfindung der Deutschen. Mitte der 80er Jahre eröffneten die ersten Bundesländer eigene Informationsbüros in Brüssel. Die rechtliche Grundlage blieb aber zunächst umstritten. Mit dem Vertrag von Maastricht 1992 wurden die Länder offiziell als Mitspieler in Brüssel akzeptiert. Nicht zuletzt auf deutsches Drängen hin wurde der Ausschuss der Regionen geschaffen, ein beratendes Gremium mit Vertretern regionaler Gebietskörperschaften. Im Gegenzug zu seiner Zustimmung zu Maastricht ertrotzte der Bundesrat eine Grundgesetzänderung. In Artikel 23 wurde verfassungsrechtlich festgehalten, welche Mitwirkungsrechte die Länder über den Bundesrat haben. Aus den Informationsbüros in Brüssel wurden Landesvertretungen. Im Gegensatz zu den Vertretungen in Berlin spielen die Brüsseler formal aber nur eine untergeordnete Rolle. So wird ihnen beispielsweise der Zugang zu EU-Gebäuden nur zögerlich und auf Antrag gewährt.

Mit der EU-Osterweiterung im Mai des vergangenen Jahres verliert die aufkeimende Anerkennung der Regionen möglicherweise etwas an Schwung. Viele der neu aufgenommenen Staaten sind kleiner als einige deutsche Bundesländer, besitzen aber erheblich mehr Gewicht. Zusätzlich existieren bei ihnen oft kaum Traditionen in Sachen regionaler Selbstverwaltung. Den Ruf nach mehr regionaler Einflussnahme werden sie deshalb kaum verstärken. Dennoch gibt es derzeit rund 200 regionale Lobbybüros in Brüssel, die auch grenzüberschreitend auftreten.

mittlerweile stärker auf die Vertretungen, nachdem die Länder nicht nur den Ausschuss der Regionen, sondern auch im europäischen Verfassungsvertrag Positionen durchgesetzt haben.

Kommunikationskanal in die Heimat

Tatsächlich agieren die Länder in Brüssel kaum anders als ein Verband der Industrie. Sie beschaffen Informationen, speisen Positionen in den Apparat ein und versuchen, Einfluss zu nehmen. Sie bündeln regionale wirtschaftliche Interessen und werfen sie auf den Brüsseler Markt. Auch wenn sich konkrete Arbeitserfolge dem Steuerzahler kaum nachweisen oder kommunizieren lassen, wissen gerade die Ministerpräsidenten sehr genau um die Bedeutung einer Präsenz in Brüssel. Ihr Plattform-Charakter, die Schnittstelle zwischen dem fernen Brüssel und der Heimat, ist ihr Plus, sagen die Vertreter. Weil die Beamten über viele regionale Gegebenheiten und Tücken häufig nur unzureichend informiert sind, verstehen sich die Vertreter in Brüssel vor allem als Kommunikationskanal in die Heimat. „Wir wirken weniger direkt auf die EU-Institutionen ein, sondern sorgen vielmehr für Foren, die einen systematischen Meinungs austausch ermöglichen sollen“, erklärt **Michael Bertram**, Leiter der Landesvertretung Niedersachsen. So bietet seine Vertretung neben sporadischen „Kulturellen Abenden“ vor allem Veranstaltungen und Diskussionsrunden an. Seine Kollegen aus Baden-Württemberg warten neben Fachveranstaltungen, Seminaren und informellen Foren mit der schon berühmten „Stallwächterparty“ auf. Auch kleinere, informelle Foren gibt es bei den Schwaben – wie gesagt, alles mit Heimatbezug.

Neue Kontakte anbahnen und bestehende pflegen, das ist eine wichtige Funktion für Landesvertretungen. **Richard Arnold**, Leiter der Vertretung Baden-Württembergs, hat gleich den gesamten fünften Stock der Vertretung an Firmen aus dem Ländle vermietet. Eine weitere Etage ist für Hospitationen der Vertreter von Verbänden, Wirtschaftsvetretern und Forschungseinrichtungen reserviert. Das Erdgeschoss gehört allen – zum Repräsentieren. „Wenn Verantwortliche aus dem Land sich bei uns vor Ort ein Bild über das Brüsseler Geschehen machen, entwickeln sie ein ganz anderes Gespür für europäische Fragen“, weiß der Repräsentanzleiter. Obwohl die Länder regelmäßig in the-

Diplomatie mit Lokalkolorit

Bei den Landesvertretungen wird Politik auch gern in Kultur verpackt. Die **Niedersachsen** laden zum jährlichen Grünkohlessen. Bei den **Baden-Württembergern** hat sich die „Schwarzwaldstube“, ein rustikal eingerichteter Raum, zu einem Ort der Begegnung und des Dialogs entwickelt – und das über Parteigrenzen hinweg. Ihre „Stallwächterparty“, das jährliche Sommerfest, ist mittlerweile fester Bestandteil des Brüsseler Politikgeschehens. Die **Sachsen** taten sich mit den Tschechen zusammen und präsentierten ein Weihnachtskonzert mit dem Prager Knabenchor in einer Brüsseler Kirche, nachdem sich die Grenzregionen Annaberg Buchholz, Karlsbad, Usti nad Labem und Liberec vorstellten. Und die Architekturausstellung „Berlin im Fluss“, ein Joint-Venture der **Berliner** Vertretung und des Goethe-Instituts. Sie stellte das veränderte städtebauliche Gesicht Berlins dar, was in Brüssel Parallelen zum eigenen Umbau des parlamentarischen Viertels hervorrief.

menbezogenen Allianzen kooperieren, besitzen sie oft genug grundsätzlich unterschiedliche Interessenschwerpunkte, wie es die Vertreter ausdrücken.

Eine diplomatische Umschreibung für einen harten Verteilungskampf, bei dem es auch um viel Geld geht. Allein Bayern erhält aus dem EU-Agrarfonds 1,3 Milliarden Euro pro Jahr, und durch die Erweiterung der Union hat sich der Wettbewerb um die Fördermillionen dramatisch verschärft. Die Bundesländer ziehen da zwangsläufig nicht an einem Strang.

Verflichter Föderalismus

Diese Vielstimmigkeit der Deutschen in Brüssel wird allerdings von vielen Akteuren als großer Nachteil empfunden. Die Auswüchse des deutschen Föderalismus seien auch hier wieder Schuld daran, dass die nationalen Interessen nur verwässert in den EU-Institutionen ankommen. „Dort, wo Deutschland eine zentrale Kompetenz hat, funktioniert auch die Kom-

munikation mit Brüssel. Wo dies nicht der Fall ist, gibt es Probleme“, sagt **Federico Musso**, Brüssel-Repräsentant von INTEC Strategic Advice, einer der beratenden Public Affairs-Agenturen am EU-Sitz. „Die Bundesländer verstärken das wirre Kompetenzgefüge zusätzlich“, lautet seine Kritik.

Ob das Spiel mit den vielen Stimmen so weiter geht, werden auch die Ergebnisse einer zukünftigen Föderalismus-Reform zeigen. Während die Bundesregierung Länderkompetenzen in Brüssel wieder beschneiden möchte, setzen die Akteure auf weitere Expansion. Neben Bayern und Baden-Württemberg prüfen auch Andere Ausweitungspläne. Allein seit 1998 hat sich die Zahl der Mitarbeiter aller Ländervertretungen in Brüssel mit 250 fast verdoppelt. Die Ständige Vertretung der BRD muss hingegen mit derzeit 160 Mitarbeitern auskommen. Selbst der Deutsche Bundestag fordert eine eigene Vertretung bei der EU. Andere Parlamente sind längst in Brüssel präsent. Das ist schon allein daher sinnvoll, weil die neue Verfassung eine Subsidiaritätskontrolle ermöglicht: Die nationalen Parlamente können überprüfen, welche Ebene für eine Sachfrage angemessen ist – ob also etwas in Brüssel entschieden werden muss oder auf die nationale oder gar regionale Ebene gehört. Frühzeitige Einbindung sichert da Mitsprachevorteile.

„Die deutsche Interessenpolitik wurde in den letzten Jahren vernachlässigt. Auch die Länder haben in Brüssel zu wenig getan. Das wird sich in Zukunft ändern“, sagt Arnold. Für manche Region ist das eine Hoffnung auf mehr Einfluss, für die Bundesregierung aber sind das wohl keine guten Nachrichten.

Steffen Dagger, Till Schröder ■



„SCHLOSS NEUWAHNSTEIN“
Trotz Kritik, die Bayern wissen:
Präsenz ist alles in Brüssel.



Baden-Württemberg

Vertretung des Landes Baden-Württemberg bei der Europäischen Union

Rue Belliard 60– 62
1040 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 74 17 - 711
Fax: 00 32 - 2 - 74 17 - 799
poststelle@bruessel.bwl.de
www.stm.baden-wuerttemberg.de/bruessel

Mitarbeiter: 23
In Brüssel seit: 1987
Dienststellenleiter:
Richard Arnold
Stellvertreter:
Thomas Häringer,
Cornelia Ruppert
Vorgesetzter:
Karl Greißing



Bayern

Vertretung des Freistaates Bayern bei der Europäischen Union

Rue Wiertz 77
1000 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 23 74 - 811
Fax: 00 32 - 2 - 23 74 - 943
bayern.buero@stk.bayern.de
www.bayern.de/Europa/Bruessel

Mitarbeiter: 29
In Brüssel seit: 1987
Dienststellenleiterin:
Edeltraud Böhm-Amtmann
Stellvertreter:
Friedrich von Heusinger
Vorgesetzter:
Eberhard Sinner



Berlin

Büro des Landes Berlin in Brüssel

Avenue Michel-Ange 71
1000 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 738 00 70
Fax: 00 32 - 2 - 732 47 46
berliner.buero@skynet.be
www.berlin.de

Mitarbeiter: 9
In Brüssel seit: 1987
Dienststellenleiter:
Gert Hammer
Stellvertreterin:
Renate Völpel
Vorgesetzte:
Monika Helbig



Gert Hammer



Brandenburg

Vertretung des Landes Brandenburg bei der Europäischen Union

Rue Père Eudore Devroye 47
1040 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 737 74 - 51
Fax: 00 32 - 2 - 737 74 - 69
poststelle@mdjbrx.brandenburg.de
www.brandenburg.de/media/1468/faltblatt_vertretung.pdf

Mitarbeiter: 12
In Brüssel seit: 1992
Dienststellenleiter:
Marcus Wenig
Stellvertreterin:
Elke Krüger
Vorgesetzter:
Gerd Harms





Christian Bruns

Bremen

**Vertretung der Freien Hansestadt
Bremen bei der Europäischen
Union**

Avenue Palmerston 22
1000 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 230 - 27 65
Fax: 00 32 - 2 - 230 - 36 58
vertretung@bremen.be
www.europa-bremen.de

Mitarbeiter: 7 ^{2/3}
In Brüssel seit: 1987
Dienststellenleiter:
Christian Bruns
Stellvertreter:
Michael Freericks
Vorgesetzte:
Kerstin Kießler



Günther Schulz

Hamburg und Schleswig-Holstein

**Hanse-Office – Gemeinsames
Büro der Länder Hamburg und
Schleswig-Holstein**

Avenue Palmerston 20
1000 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 285 46 - 40
Fax: 00 32 - 2 - 285 46 - 57
Martina.Sentic@hanse-office.de
www.hanse-office.de

Mitarbeiter: 16
In Brüssel seit: 1985
Dienststellenleiter:
Roland Freudenstein
(Hamburg),
Günther Schulz
(Schleswig-Holstein)
Vorgesetzte:
Reinhard Stuth (Hamburg),
Ulrike Wolff-Gebhardt
(Schleswig-Holstein)

Roland
Freudenstein

Hessen

**Vertretung des Landes Hessen
bei der Europäischen Union**

Avenue de l'Yser 19
1040 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 732 - 4220
Fax: 00 32 - 2 - 732 - 4813
hessen.eu@lv-bruessel.hessen.de
www.hessen.de/stk

Mitarbeiter: 10
In Brüssel seit: 1989
Dienststellenleiter:
Hanns-Martin Bachmann
Stellvertreter:
Frank-Rainer König
Vorgesetzter:
Jochen Riebel



Reinhard Boest

Mecklenburg-Vorpommern

**Informationsbüro Mecklenburg-
Vorpommern bei der Europäischen
Union**

Boulevard Louis Schmidt 87
1040 Brüssel
Tel.: 00 32 - 2 - 741 60 - 00
Fax: 00 32 - 2 - 741 60 - 09
post@mv.bei-der-eu.de
mv.bei-der-eu.de

Mitarbeiter: 6
In Brüssel seit: 1991
Dienststellenleiter:
Reinhard Boest
Stellvertreter:
Wolf Born
Vorgesetzter:
Rainer Kosmider



Niedersachsen

Vertretung des Landes Niedersachsen bei der Europäischen Union

Rue Montoyer 61
1000 Brüssel
Tel.: 0032-2-230-0017
Fax: 0032-2-230-1320
poststelle@niedersachsen.be
www.stk.niedersachsen.de

Mitarbeiter: 18
In Brüssel seit: 1991
Dienststellenleiter:
Michael Bertram
Stellvertreterin:
Tania Zengerling
Vorgesetzter:
Heinz Davidsohn



Michael Bertram



Nordrhein-Westfalen

Vertretung des Landes Nordrhein-Westfalen bei der Europäischen Union

Avenue Michel-Ange 8-10
1000 Brüssel
Tel.: 0032-2-73917-75
Fax: 0032-2-73917-07
poststelle@lv-eu.nrw.de
www.europa.nrw.de/bruessel

Mitarbeiter: 25
In Brüssel seit: 1986
Dienststellenleiter:
Manfred Degen
Stellvertreter:
N.N.
Vorgesetzter:
Wolfram Kuschke



Manfred Degen



Rheinland-Pfalz

Vertretung des Landes Rheinland-Pfalz in Brüssel

Avenue de Tervuren 60
1040 Brüssel
Tel.: 0032-2-7369729
Fax: 0032-2-7371333
vertretungbruessel@lv.rlp.de
www.landesvertretung.rlp.de

Mitarbeiter: 8
In Brüssel seit: 1987
Dienststellenleiter:
Hans-Joachim Günther
Stellvertreterin:
Pia Wenningmann
Vorgesetzter:
Karl-Heinz Klär



H.-J. Günther



Saarland

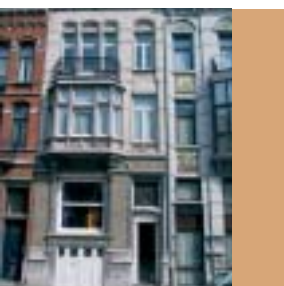
Vertretung des Saarlandes bei der Europäischen Union

Avenue de la Renaissance 46
1000 Brüssel
Tel.: 0032-2-7430790
Fax: 0032-2-7327370
office@saarlandbuero.be
www.europa.saarland.de

Mitarbeiter: 7
In Brüssel seit: 1985
Dienststellenleiter:
Axel Kampf
Stellvertreter:
N.N.
Vorgesetzter:
Karl Rauber



Axel Kampf





Ulrich Beyer

Sachsen

Sachsen-Verbindungsbüro Brüssel

Avenue d'Auderghem 67
1040 Brüssel
Tel.: 0032-2-23587-00
Fax: 0032-2-23587-22
post@bxl.sk.sachsen.de
www.sachsen.de

Mitarbeiter: 15
In Brüssel seit: 1991
Dienststellenleiter:
Ulrich Beyer
Stellvertreter:
Helmut Ennen
Vorgesetzter:
Hermann Winkler



Thomas Wobben

Sachsen-Anhalt

Verbindungsbüro des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union

Boulevard Louis Schmidt 87
1040 Brüssel
Tel.: 0032-2-74109-31
Fax: 0032-2-74109-39
post@vb-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de
www.sachsen-anhalt.de

Mitarbeiter: 12
In Brüssel seit: 1992
Dienststellenleiter:
Thomas Wobben
Stellvertreter:
Thomas Große
Vorgesetzter:
Burkhard Fieber

Thüringen

Thüringen Büro Brüssel

Rue Frédéric Pelletier 111
1030 Brüssel
Tel.: 0032-2-736-2060
Fax: 0032-2-736-5379
postbox@tskxbl.thueringen.de
www.thueringen-in-bruessel.de

Mitarbeiter: 5
In Brüssel seit: 1991
Dienststellenleiter:
N.N.
Stellvertreterin:
Christine Holeschovsky
Vorgesetzter:
Gerold Wucherpennig

Bundesrepublik Deutschland

Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland bei der Europäischen Union

Rue Jacques de Lalaing 19-21
1040 Brüssel
Tel: 0032-2-238-1811
Fax: 0032-2-238-1978
info@eu-vertretung.de
www.eu-vertretung.de

Mitarbeiter: 162
In Brüssel seit: 1958
Dienststellenleiter:
Wilhelm Schönfelder
Stellvertreter:
Peter Witt